

Danziger Zeitung.



Nr. 20085.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 20. April. (privattelegramm.) Nach der „Könischen Ztg.“ beriehen die Vertrauensmänner der einzelnen Parteigruppen des Herrenhauses über ihre Stellungnahme gegenüber dem Wahlgesetz. Einigkeit herrschte darüber, daß das Gesetz in der beschlossenen Fassung unannehmbar sei. Es wurden folgende Änderungen vorgeschlagen: Die 2000 Mk. übersteigende Staats-einkommensteuer soll je zur Hälfte zur Anrechnung gelangen. Die von der Regierung vorgeschlagene Zwölftelstellung soll verworfen werden, vielmehr die alte Bestimmung in Kraft treten, wonach von der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler je ein Drittel auf jede der drei Wahlabteilungen entfällt. Für jeden Wahlbezirk soll wie bisher eine besondere Abstimmung gebildet werden.

— Der sozialistische Parteivorstand erläßt einen kräftigen Aufruf zur Wahlorganisation.

London, 20. April. (W. L.) Reuters Bureau meldet aus Malta vom 19. April: Beim Manöviren stieß ein Torpedoboot mit dem englischen Panzerschiff „Nile“ zusammen. Das Steuerruder des Torpedobootes wurde beschädigt. Das Torpedoboot stieß gegen den nicht gepanzerten Bug der „Nile“ und verursachte hier ein Loch. Der „Nile“ wird behufs Ausbesserung in das Dock gebracht.

Politische Uebersicht.

Danzig, 20. April.

„Systematische Obstruction“.

Das Verhalten der freisinnigen Partei bei der zweiten Berathung des Wuchergesetzes im Reichstage findet nicht den Beifall der gegnerischen Presse. Der Thatbestand ist in Kürze folgender: Die freisinnige Partei hat von Anfang an keinen Hehl daraus gemacht, daß sie, in Übereinstimmung mit der früheren Haltung des Reichsjustizamts, nicht gesonnen ist, bei dem Zustandekommen eines Gesetzes mitzuwirken, welches den Handelsstand behandelt, als ob er wirklich, wie das härtesten einer der Herren Agrarier ausdrückte, das Buchthaus Tag aus Tag ein mit dem Karmel kreise. Die liberalen Parteien haben im Jahre 1880 dem ersten Wuchergesetz zugestimmt, weil dieses, indem es sich auf die strafrechtliche Ahndung der Ausbeutung bei Darlehen und bei Stundung einer Geldforderung beschränkte, für die richterliche Praxis eine positive Handhabe bot. Von der Wirkung des Gesetzes hatten sie von vorn herein keine große Meinung und in der That sind seit 1882—1890 nur 466 Verurtheilungen wegen Wuchers erfolgt. Um so gefährlicher erscheint es, das Gesetz auf alle Creditgeschäfte und schließlich sogar auf Rechtsgeschäfte jeder Art (den sogenannten Sachwucher) auszudehnen und als Wucher jedes Geschäft zu verfolgen, bei welchem der Beträger einer Gache sich Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den Werth der Leistung dergestalt überschreiten, daß nach den Umständen des Falles die Vermögensvorteile in auffälligem Verhältniß zu der Leistung stehen. Ein solches Gesetz, welches den ehrlichen Namen jedes Kaufmannes dem Guttindringen des von einem böswilligen Schuldner angerufenen Richters über ein auffälliges Verhältniß zwischen dem Werth der Leistung und Gegenleistung unterwirft, würde zu

einer helllosen Verwirrung führen. Weil ferner Geldverleiher leichtsinnige Schuldner vielfach absichtlich im Dunkel über den jeweiligen Betrag ihrer Verpflichtungen lassen, sollen alle diejenigen, die Geld- oder Creditgeschäfte betreiben, unter Strafe verpflichtet sein, für jedes Jahr einen Rechnungsabschluß vorzulegen. Erst in der Commission hat man eingesehen, daß es unmöglich sei, der Reichsbank u. s. w. derartige Verpflichtungen aufzuerlegen.

Angesichts eines solchen Gesetzes hat die freisinnige Partei die Pflicht, das Mögliche zu thun, um das Zustandekommen der Vorlage zu verhindern, damit sie sich später, wenn die Folgen dieser gesetzgeberischen Leistung in die Erscheinung treten, ihren Wählern gegenüber rechtfertigen kann. Nachdem ihre sachlichen Ausführungen unberücksichtigt geblieben, hat sie zweimal die Abstimmung über die Bestimmung betreffend den Sachwucher durch den Hinweis auf die Beschlussfähigkeit des Hauses verhindert. In Nebenfragen mag man ja darüber hinweggehen. Aber bei so wichtigen Entscheidungen ist die Bestimmung der Verfassung, daß zur Gültigkeit der Beschlusssatzung die Anwesenheit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder, d. h. die absolute Stimmenmehrheit (199 Mitglieder) erforderlich ist, unbedingt maßgebend. In der vorigestrichen Sitzung hatte bei der Abstimmung über § 2 des Gesetzentwurfs betreffend die militärischen Geheimnisse die namentliche Abstimmung die Anwesenheit von 210 Mitgliedern ergeben. Nachdem diese Vorlage erledigt war, wollten die Freunde des Wuchergesetzes trotz der vorigerühten Stunde die Verhandlung über das Wuchergesetz wieder aufnehmen, um die Beschlussfähigkeit des Hauses für ihre Zwecke auszunutzen. Ein Vertragungsantrag der Linken wurde von der Mehrheit einfach abgelehnt. Diesem Vergewaltigungsversuch gegenüber verließen Freisinnige, Volkspartei und Socialdemokraten das Haus, so daß sich bei der Abstimmung über den Sachwucher wiederum Beschlussfähigkeit des Hauses ergab.

Die Gache steht jetzt so: Giebt es in diesem Reichstage eine Mehrheit von 199 oder mehr Mitgliedern für das unerhörte Gesetz, so werden sich die Mitglieder dieser Mehrheit zu einer späteren erneuten Abstimmung vollständig einfinden müssen. Denn jeder neue Versuch, das Gesetz zu Stande zu bringen, muß geschäftsordnungsmäßig mit der vorgestern ergebnislos gebliebenen namentlichen Abstimmung über den § 2 e der Vorlage beginnen. Zu einer auch nur passiven Mitwirkung bei dem Zustandekommen dieses Gesetzes werden sich die Gegner nicht hergeben. Bringen die Freunde desselben, die Conservativen, Centrum, Polen u. s. w. die erforderlichen 199 Stimmen zusammen, so tragen sie auch ganz ausschließlich die Verantwortlichkeit für diese gesetzgeberische Leistung. Verfügen Sie über die erforderliche Zahl von Stimmen nicht, so bleibt das Gesetz bei den Acten des Reichstags. Dann mögen sie sich aber auch nicht über die „Systematische Obstruction“ der Gegner des Gesetzes ertrüsten, und von diesen nicht verlangen, daß sie passive Assistenz leisten, um einer Minorität gesetzgeberische Exzesse zu ermöglichen.

„Große Sitzung“ im Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus war gestern große Sitzung bei fast lückenlos besetztem Hause. Das Vermögenssteuergesetz wurde sozusagen im Fluge bis zu § 51 erledigt. Aber hier entstand eine Debatte, die erst morgen ihren Abschluß finden wird. Es handelt sich um Vorkehrung für den Fall, daß die Vermögenssteuer mehr oder weniger

als 35 Millionen ergiebt; im ersten Falle soll der Procentsatz ($\frac{1}{2}$ vom Tausend) ermäßigt, im letzteren Falle erhöht werden, insoweit die Ausfälle nicht durch ein Steigen der Einkommensteuer im Jahre 1895/96 über 135 Millionen Mark und durch die Jinsen aus dem Ueberschufsfonds der Jahre 1892/93—94/95 gedeckt werden. Dieser Zufall ist Commissionsarbeit. Die Anträge Stengel und Rieschke begegnen sich in dem Gedanken, daß eine etwaige Verminderung der Steuerbeiträge von den Steuerzahldern „nicht verstanden werden würde“. Stengel will den überschreitenden Betrag dem Ueberschufsfonds zuführen, Rieschke denselben zur Tilgung von Staatschulden verwenden. Die Abg. v. Ehren und Friedberg wollen Mindereinnahmen nicht nur aus den Jinsen, sondern auch aus dem Capitalbestande des Ueberschufsfonds gedeckt wissen. Von freisinniger Seite, Dr. Meier-Rickert, wurde endlich die Quotisierung der Vermögenssteuer beantragt. Daß alle diese Anträge abgelehnt werden, ist zweifellos, nach dem Motto des Grafen Limburg-Stirum: In dubio pro fisco. Gegen Schluß der Versammlung kam es über den Antrag auf Quotisierung zu einem Wortduell Rickert—Finanzminister Miquel, welches morgen ohne Zweifel fortgesetzt wird. Abg. Rickert gestattete sich, den Herrn Finanzminister daran zu erinnern, daß er früher sehr schöne Reden über die Notwendigkeit der Quotisierung gehalten habe. Jetzt habe er constitutionelle Bedenken. Habe man dazu liberale Minister? Die Entgegnung des Finanzministers bestand aus drei Theilen. Zuerst bestritt er, daß er früher, d. h. 1879 für die Quotisierung eingetreten sei, dann erklärte er, er habe seine Ansichten geändert, weil seit der Verstaatlichung der Eisenbahnen die ganze Finanzlage geändert sei, so lange man nicht obligatorische Schuldenprüfung einföhre. Drittens endlich behauptete er, bei dieser Steuerreform handle es sich lediglich darum, für Einnahmen, welche der Staat aufgibt, andere zu beschaffen. Für die Quotisierung sei also (!) kein Platz. Man kann sich in der That schwer eine überzeugendere Darlegung denken! Nebenbei meinte der Finanzminister noch, die Regierung würde die Quotisierung im Abgeordneten- und Herrenhaus nicht haben durchführen können — ein Argument, welches alle anderen über den Haufen wirft.

Die gestrige Sitzung des Reichstags hatte einen sehr raschen und von den rednerischen Effecten des Abg. Stadthagen abgesehen, friedlichen Verlauf. Eines Auszählungsantrags befußt Feststellung der Beschlussfähigkeit des Hauses bedurfte es wirklich nicht. Im Foyer hieß es, es seien 50 Mitglieder, darunter 60 Juristen, anwesend. Zu den Anwesenden zählte auch Abg. Zusangel, der auf einer der letzten Bänke des Centrums in absoluter Einsamkeit thronte. Es handelte sich um die hinlänglich bekannten Anträge auf Wiedereinführung der Verfassung, Entschädigung unschuldig Verurteilter, die schon so oft discutirt worden sind und deren weitere Verhandlung sogar den Juristen des Hauses überflüssig schien, da die Vorarbeiten für eine Regierungsvorlage im Gange sind. Der Besluß, dieselben in zweiter Berathung im Plenum zu verhandeln, kommt einem Vericht gleich. Nur der Antrag Münchel u. Gen. welcher eine Ausdehnung der Befugnisse der Vertheidigung und die Vermehrung der Rechtsgarantien im Vorverfahren betrifft, wurde, wie gemeldet, in Abwesenheit des Antragstellers an eine Commission verwiesen und um 3 Uhr ging der heile Reichstag re quasi bene gesta vergnügt von dannen.

stehen in erster Reihe der verlorene Sohn, den Herrn Rörner in recht glücklicher, namentlich äußerlich gewinnender und liebenswürdiger Darstellung spielte, Frau Hirsemann und das zweite jüngere Paar der Familie Hirsemann. Die Rolle der Frau Hirsemann tritt nur in den Schluss-scenen mehr in den Vordergrund; hier zeigte Frau Staudinger ihr hervorragendes Talent für die Darstellung einfacher, schlichter und gemüthvoller Frauen aus dem Volk mit bestem Erfolg für die Partie ein. Das jüngere Paar, Emil und Auguste, eine verjüngte, wenn auch nicht verbesserte Auslage des braven Schlossermeisters und seiner Frau aus „Häsemanns Töchter“ stand in Hrn. Arndt und Fräul. B. Galliano sehr tüchtige Vertreter, namentlich wußte Herr Arndt durch seinen trockenen, treffenden Humor die animirende Wirkung der Darstellung wesentlich zu erhöhen und das Abliegen so mancher, über Gebühr gerechten Scene möglichst abzuwenden. Herr Neukirch mühete sich mit der sehr unerquicklichen Partie des Schurken der Komödie nach besten Kräften ab und Fräul. Hagedorn machte wieder ihren bekannten Versuch, die Rolle des älteren Dienstboten im altpreußischen Dialect und mit ostpreußischer Dertheit zu spielen.

○ Berlin, 19. April. Mittwoch Abend stand im Saal Bechstein der Klavierabend des Herrn Dr. Fuchs aus Danzig statt. Der Saal war gut besucht. Die bedeutendsten Musiker und Musikfreunde Berlins waren anwesend. Wir bemerkten unter andern Professor Joachim und Professor Franz Aullak, der Leiter des einen Weltfußball bestehenden Aullak'schen Institutes, Professor Lehmann und Professor Tappert. Die Anwesenden folgten dem vorzüglich ausgewählten Programm mit großer Aufmerksamkeit. Vor allem trat in den Beethoven'schen Werken Fantasie op. 77 Bagatelle op. 126 Es-dur und in der Sonate As-dur der große volle und zugleich weiche Ton, der das Spiel des Herrn Fuchs auszeichnet, zu Tage. Herr Fuchs gehört zu den immer seltener werdenden guten Beethovenspieler, durch die vorzügliche Phrasierung gewinnt das Spiel des Herrn Fuchs einen besonderen Reiz. Es wird heute so

Über den Verlauf der Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien verlautet, daß gegenwärtig die seitens Spaniens gemachten Gegenvorschläge, welche in Forderungen und Concessions bestehen, in Berlin von den zuständigen Ressorts einer Prüfung unterzogen werden. Sobald die letztere beendet sein wird, wird ihr Ergebnis dem deutschen Botschafter in Madrid übermittelt werden. Davon, wie dieses Ergebnis von der spanischen Regierung aufgenommen werden wird, wird das Tempo der weiteren Verhandlungen abhängen.

Die Feier in Rom hat bereits gestern begonnen. Das Wetter ist prächtig, die Stadt sehr belebt. Die Eisenbahnzüge bringen Tausende von Fremden aus den Provinzen und aus dem Ausland. Die Hotels sind überfüllt, auch in Privatwohnungen ist nur schwer noch Unterkommen zu finden. Die Via Nazionale, die Zugänge zum Quirinal und der Bahnhof prangen im Festmuth.

Der Vertreter des Königs von Sachsen, General Cavallerie von Carlowitz, ist in Rom eingetroffen. Ebenso der Erbprinz Donilo von Montenegro, der am Bahnhof von dem Arzprinzen von Italien empfangen wurde. Auch der Erzherzog Rainer traf gestern Nachmittag gegen 2 Uhr hier ein und wurde auf dem Bahnhof vom Könige, den Prinzen des königlichen Hauses, den Mitgliedern der österreichisch-ungarischen Botschaft, den Ministern, dem Bürgermeister und den Spiken der Behörden empfangen. Der König und der Erzherzog begrüßten sich auf das herzlichste durch Umarnung und Kuß. Die Musik der Grenzkompanie spielte die österreichische Nationalhymne. Der König und der Erzherzog begaben sich sodann nach dem Quirinal zur Begrüßung der Königin. Die in den Straßen zahlreich versammelte Volksmenge begrüßte den Erzherzog mit lebhaften Jubel.

Das deutsche Kaiserpaar traf Mittwoch Nachmittag 4½ Uhr in Innsbruck ein. Für die Straße von hier über den Brenner wurde der Zug getheilt, während des dadurch verursachten Aufenthaltes verließ der Kaiser den Wagen und promenirte etwa 10 Minuten auf dem Perron. Bei der Abfahrt fuhren die kaiserlichen Wagen voraus. Auch hier war das Wetter prachtvoll.

Die Verhältnisse in Belgien haben eine weitere Besserung erfahren. Gestern Abend wurden auch in Gent verschiedene Meetings abgehalten, in denen beschlossen wurde, den Streik einzustellen.

Der Kampf um die Homerute.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erhielt in der Fortsetzung der Debatte über die Homerule-Bill der Chefscretär des Lord-Lieutenants von Irland, John Morley, das Haus debattire die jetzige Vorlage, weil die „Politik des Nicht-Compromisses“ der vorigen Regierung scheiterte. Dieses sei bei den allgemeinen Wahlen eingetreten. Man beklage sich, daß die Argumente der Opposition unbeantwortet geblieben seien, die Opposition habe aber keine Argumente, sondern Prophezeiungen vorgebracht, und die einzige Antwort auf solche Prophezeiungen sei, ihnen keinen Glauben zu schenken. Die Hoffnungen der liberalen Partei seien mindestens ebenso berechtigt, wie die Befürchtungen der Opposition. Was die in der Bill vorgeschlagenen Beschränkungen der irischen Legislatur betreffe, so sei jeder Staat der amerikanischen Union strengere Beschränkungen unterworfen. Die Vorlage beseitige keineswegs gemeinses Recht und ge-

sind; denn „Parisisal“ allein kann die Gefahr nicht abwehren.

* [Ein Heine-Denkmal in Amerika.] New York, den 8. April. Einer Anregung des „Arion“ zufolge durfte das bekanntlich von der Düsseldorfer Stadtbehörde verworfene Denkmal des Dichters Heine hier im Centralpark einen Platz finden. In der letzten Sitzung des Vereins wurde ein Comité ernannt, um sich mit dem Künstler, der das „verpönte“ Heine-Denkmal verfertigen, beauftragt zu machen. Das gesammte Deutfchthum Newworks soll aufgefordert werden sich an einer Subscription zu beitreten. Die Kosten des Ankaufs dürften sich auf etwa 50 000 Mark belaufen.

* [Ein neues Element.] Wie der New Yorker Correspondent des „Standard“ telegraphirt, hat der Professor der analytischen Chemie an der Bergschule von Missouri, Joplin, in dem Meteor, das kürzlich auf das John Brown-Denkmal in St. Louis hinaufstieg, ein neues Element entdeckt. Der Aerolit bestand zu einem vollen Viertel aus demselben, wie durch die elektrische Schmelzung nachgewiesen wurde. Die Linien des neuen Elements ähnelten ganz dem Sonnen-spectrum. Professor Joplin hat ihm daher den Namen Hellum gegeben.

* Math. Weber, Aerzinnen für Frauenkrankheiten, eine ethische und sanitäre Rothwendigkeit. Fünfneu neu umgearbeitete Ausgabe. L. Dehniisches Verlag (R. Appelius) in Berlin. Langjährige Erfahrung, klares und objektives Urtheil befähigen die Verfasserin, die Rothwendigkeit der Aerzinnen klarzulegen. Sie widerstellt mit scharfer Logik und gutem Rüstzeug die gegen das ärztliche Studium der Frauen erhobenen Bedenken. Die Aerzinnenfrage ist kein unlösbares Problem, sie ist eine Frage, deren Lösung nur noch an die Zeit gebunden ist, welcher der Staat aber unbedingt nahe treten muß, wenn es ihm daran gelegen ist, künftig eine kräftige Generation heranzubilden. Mächtig dazu anregend wird das vorliegende Buch wirken. Unter allen Schriften neuerer Zeit, welche diese Frage behandeln, gehört die Weber'sche Schrift zu den bedeutendsten.

Diejenigen, welche gestern das Theater besuchten in der Hoffnung, sich an dem urkomischen Spiel des Herrn Büller zu ergötzen, haben eine Enttäuschung erlebt. Fast durchweg ernst, wie auch seine Rolle, dazu an Umfang keineswegs die hervorragendste des Stückes. Nichtsdestoweniger kam die Schauspielkunst des Hrn. Büller gerade in dieser Partie zur vollen Geltung. Sein Schlossermeister Hirsemann war eine Figur von voller Lebenswahrheit, knorrig in der Sprache und äußerem Erscheinung, fest und unbeugsam im Charakter, innerlich im Grunde genommen trotz alles äußerem Starrsins aber doch weich empfindend. Die Schlichtheit und Einfachheit, mit welcher Herr Büller diese Figur aus dem Volke spielte, die Zurückhaltung im Spiel, welche doch der Schärfe und Natürlichkeit der Charakteristik nicht den geringsten Abbruch thaten, waren ein vollgültiger Beweis dafür, daß Herr Büller mehr kann als nur Späße machen, daß er wirklich ein tüchtiger Charakteristiker der Bühne ist, der weiß, was er will, und dem gelingt, was er beabsichtigt.

Und das Stück selbst. Das Volkstück „Der rechte Schlüssel“, von Francis Stahl. Es ist ein wunderliches Ragout aus anderen Leute Küchen mit einigen theils glücklichen, theils verfehlten Zutaten aus Eigenem. Namentlich L'Arronge mit „Mein Leopold“ und „Häsemanns Töchter“ hat für die Idee des Ganzen wie für einzelne Figuren und Scenen herhalten müssen. Ein gewisses Talent, namentlich nach der Seite bühnenwirksamer Effekte und Aktschlüsse hin ist auch in diesem Werk Stahls unverkennbar. Der Hauptfaktor des Stückes ist außer der Anlehnung an ältere Muster die Breite des Stükches, eine die Wirkung oft erheblich abschwächende romanhafe Gedehntheit der Scenen und das gelegentliche Überwuchern von Episoden.

Von den verhältnismäßig zahlreichen Figuren

